



Nein zu «No Billag»

Die EVP Kanton St.Gallen sagt einstimmig Nein zur Initiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren). Die Initiative gefährdet die unabhängige Berichterstattung über Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und nützt nur denen, die mit viel Geld die Informationskanäle für sich gewinnen wollen.

In der Bundesverfassung finden wir folgenden Text: Artikel 93

1 Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen sowie über andere Formen der öffentlichen fernmelde-technischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen ist Sache des Bundes.

2 Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.

3 Die Unabhängigkeit von Radio und Fernsehen sowie die Autonomie in der Programmgestaltung sind gewährleistet.

4 Auf die Stellung und die Aufgabe anderer Medien, vor allem der Presse, ist Rücksicht zu nehmen.

5 Programmbeschwerden können einer unabhängigen Beschwerdeinstanz vorgelegt werden.

Bei einem Ja zur Initiative wird die Bundesverfassung wie folgt geändert:

Absatz 1 und 2 bleiben gleich.

3 Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für Radio und Fernsehen.

4 Er subventioniert keine Radio- und Fernsehstationen. Er kann Zahlungen zur Ausstrahlung von dringlichen amtlichen Mitteilungen tätigen.

5 Der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte dürfen keine Empfangsgebühren erheben.

6 Der Bund betreibt in Friedenszeiten keine eigenen Radio- und Fernsehstationen.

Was heisst dies nun genau?

Absatz 3 muss uns hellhörig machen: Versteigern heisst, wer am meisten bieten kann, der bekommt die Konzession. Es ist also eine Frage des Geldes. Reichtum und Macht gehen wieder einmal Hand in Hand. Jeder kann selber weiterdenken, ob sich diese Kombination zum Guten oder zum Schlechten wendet. Ich bin mir sicher, dass kein unabhängiges Radio oder Fernsehprogramm mehr garantiert werden kann. Etwas anderes ist auch klar: Egal, ob Gebühren eingezogen werden oder nicht, zum Produzieren von Sendungen braucht es Geld. Im Radio hörte ich die Meinung der Befürworter, die sagen, dass man, um Geld zu erhalten, Einzelabonnemente verkaufen kann. Zum Beispiel könnte das Echo der Zeit mit den Regionalnews und der Tagesschau zusammen «gekauft» werden. Diese Sendungen könnten dann angesehen werden, alle andere nicht. Wie kompliziert! Würden überhaupt alle Menschen fähig sein, sich irgend ein Abo zu organisieren das ihren Wünschen entspricht? Vom Aufwand solche Abos zu erfassen und zu programmieren rede ich hier gar nicht.

weiter auf Seite 2

Parolen

Neue Finanzordnung 2021	Ja
No Billag Initiative	Nein

Kantonal

Erneuerung und Umbau Theater St.Gallen	Ja
--	----

Kommunal (Stadt SG)

Mobilitätsinitiative	Nein
Olma-Überdeckung	Ja

Das EVP Info in neuem Kleid

Sie halten die erste Ausgabe des EVP Info 2018 in den Händen. Pünktlich aufs neue Jahr haben wir unser Publikationsorgan einem kleinen «Facelifting» unterzogen. Äusserlich frisch und farbig, der Inhalt bleibt aber gleich: Mit kurzen und knappen Beiträgen wollen wir Sie über die bevorstehenden Abstimmungsthemen und über das weitere politische Geschehen in unserem Kanton informieren. Wir freuen uns über interessierte Leserinnen und Leser. Gerne begrüssen wir Sie auch an einem unserer Foren, wo wir in grösserer Runde über bevorstehende Abstimmungen diskutieren und dabei die Parolen festlegen.

Impressum

Herausgeber:

EVP Kanton St. Gallen

www.evp-sg.ch

Kontakt: Roman Rutz,
sekretariat@evp-sg.ch

PC 90-219-8

IBAN: CH09 0078 1035 5341 6601 8

Druck: Jordi AG, Belp



Kommentar
Daniel Bertoldo
Stadtparlament
Stadt St.Gallen

Ist Entwicklungshilfe im Ausland Sache der Gemeinde? Diese Frage stellte sich in St. Gallen im Rahmen der Budgetsitzung. Seit Jahren zahlt die Stadt zusammen mit anderen Städten der Ostschweiz an Entwicklungshilfe-Projekte im Ausland. 2016 wurde der Budgetposten massiv überschritten. Im Budget 2018 wollte der Stadtrat diese Position um rund 40% erhöhen.

Entwicklungshilfe ist ja nicht per se falsch. Allerdings ist es aus meiner Sicht auch nicht Sache der Stadt Entwicklungshilfe im Ausland zu leisten. Dass die Stadt eine Position im Budget eingestellt hat, ist soweit ok. Dass in einer Zeit, in der gespart werden müsste, dieser Posten erhöht wird, kann ich nicht nachvollziehen. Aus meiner Sicht ist Entwicklungshilfe im Ausland primär Sache des Bundes. Daher votierte ich gegen die Erhöhung.

Familieninitiative ist eingereicht

Am 12. Januar haben Vertreter von CVP, SP, Grüne, BDP und der EVP die Familieninitiative mit 6'867 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Das Sammelziel konnte problemlos erreicht werden. Die Initiative, bei der sich die EVP aktiv beteiligt hat, verlangt eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen um Fr. 50.- pro Monat. Obwohl die Familienausgleichskassen im Kanton St.Gallen sehr gut finanziert sind, wollte der Kantonsrat nicht auf eine Erhöhung der Zulagen eintreten und hat stattdessen die Beiträge für die Unternehmen kaum spürbar gesenkt. Die EVP Kanton St.Gallen ist überzeugt, dass diese Erhöhung für die Familien notwendig und richtig ist und zieht die Erhöhung der Zulagen klar der marginalen Senkung der Arbeitgeberbeiträge vor. Weitere Informationen auf www.kinderzulagen-sg.ch

Wer den Wortlaut von Absatz 5 der jetzigen Bundesverfassung in der neuen Variante sucht, der sucht vergebens. Es wird keine Beschwerdestelle mehr geben. Wir werden mit dem, was geboten wird, leben müssen, ohne einen Einfluss zu haben.

Absatz 6 suggeriert uns, dass der Bund heute eigene Radio- und Fernsehstationen betreibt. Dies stimmt natürlich nicht. Die SRG stellt sich auf ihrer Homepage so vor:

«Die SRG ist ein öffentliches und unabhängiges Medienhaus, das einen multimedialen Service public in allen Landesteilen und -sprachen erbringt. Sie ist auch ein Verein und dadurch fest in der Gesellschaft verankert.»

Der Bund betreibt also auch jetzt keine Radio- und Fernsehstationen, sondern hat die SRG beauftragt, dies zu tun. Die SRG ist ein Verein und ist breit abgestützt. So werden auch immer wieder die Meinungen der Hörer eingeholt.

Die Rätoromanische Schweiz und

der Tessin sind bei einem Ja die sicheren Verlierer. Die SRG ist für alle unsere vier Sprachregionen verantwortlich. So hören wir doch auch ab und zu rätoromanische Beiträge. Diese würde schlicht und einfach niemand mehr anbieten. Denn für die wenigen Menschen, die ja sowieso Deutsch lernen müssen, würde sich wohl kaum ein Geldgeber einsetzen. Die Schweiz ist viersprachig. Diese Besonderheit gilt es zu unterstützen.

Neben der SRG sind auch 34 konzessionierte private Radio- und Fernsehstationen durch Gebühreneinnahmen versorgt. So zum Beispiel auch der ERF. Viele dieser Sender würden die Gelder, die sie benötigen, nicht alleine aufbringen können. Die Vielfalt der Angebote würde schmaler, das Angebot deutlich kleiner. Sagen wir entschieden Nein!



Ursi Schweizer
Präsidentin
EVP Werdenberg

Ja zur Finanzordnung 2021

Für den Bund sind die direkte Bundessteuer sowie die Mehrwertsteuer die wichtigsten Einnahmequellen. Sie steuern jährlich rund 21.5 bzw. 23.3 Milliarden Franken zum Bundeshaushalt bei. Dies bei ordentlichen Einnahmen von rund 70 Milliarden Franken pro Jahr.

Art. 128 sowie Art. 130 der Schweizerischen Bundesverfassung ermächtigen den Bund, die direkte Bundessteuer sowie die Mehrwertsteuer zu erheben. Die Übergangsbestimmungen der Verfassung befristen die beiden Steuerarten jedoch bis Ende 2020. Damit soll das Stimmvolk immer wieder die Gelegenheit haben, die Einnahmequellen für den Bund zu gewähren – oder eben auch nicht.

Mit der Abstimmung vom 4. März 2018 befinden wir über die Verlängerung der befristeten Steuererhebung bis ins Jahr 2035. Die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer sind für den Bund mit Abstand die einträglichsten Einnahmequellen und ein Wegfallen eben dieser würden den Bundeshaushalt gewaltig aus dem Lot bringen. Somit ist die Abstimmungsfrage eigentlich fast eher rhetorischer

Natur, denn es ist klar, dass, wenn wir die Schweiz in der heutigen Form erhalten wollen, wir dem Bund auch künftig die Möglichkeit geben müssen, für die ihm übertragenen Aufgaben auch entsprechende Finanzmittel einzutreiben.

Für die EVP ist damit klar, dass es nicht opportun ist, in populistischer Art und Weise die Abschaffung dieser Steuern zu fordern oder gar aus Protest gegen «die z'Bern obe» ein Nein in die Urne zu legen. Überzeugt und dankbar für den funktionierenden Staat Schweiz empfiehlt die EVP Kanton St.Gallen einstimmig ein Ja zur Finanzordnung 2021.



Roman Rutz
Präsident
EVP Wil

Ja zum Theater

Das Theater St. Gallen ist erwiesener Massen ein kultureller Leuchtturm für unseren Kanton. Die vielfältigen Aufführungen finden Anklang in allen Bevölkerungsschichten. Allerdings ist das 1968 eingeweihte Theater in die Jahre gekommen und bedarf einer umfassenden Sanierung. Deshalb stimmen wir am 4. März über einen Kredit von Fr. 8.6 Mio. für eine Sanierung und punktuelle Erweiterung des Theaters ab.

Als anerkannter Kulturort und Standortfaktor leistet das Theater St.Gallen einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität unseres Kantons. Es steuert wesentlich zu einem vielfältigen Kulturangebot und zur Lebensqualität in unserem Kanton bei. Weit über die Kantonsgrenzen hinaus trägt das Theater St. Gallen zum guten Ruf und zu einer starken Identität unseres Kantons als Arbeits- und Wohnstandort bei. Das ist umso wichtiger, als sich der Standortwettbewerb auch immer mehr auf der Ebene von Kultur und Lebensqualität abspielt. Mit einer Besucher-Auslastung von rund 75% liegen Konzert und Theater St.Gallen seit Jahren schweizweit an der Spitze. Dies soll auch in Zukunft so bleiben.

Nachdem das Gebäude seit seiner Inbetriebnahme vor 50 Jahren noch nie generell überholt wurde, sind Bausubstanz und Haustechnik heute in schlechtem Zustand. Die Sanierung des Theatergebäudes ist dringend nötig, die Liste der notwendigen Instandsetzungsarbeiten ist lang. Es geht darum, das Theatergebäude mit dieser einmaligen Investition langfristig wieder fit zu machen für einen zeitgemässen Betrieb. Verzögerungen oder ein Neubau würden deutlich mehr kosten. Mit der Erneuerung soll das Gebäude zweckmässig – ohne Extrawünsche – an den heutigen Betrieb angepasst werden. Die Platzprobleme werden gelöst, indem Maskenräume, Künstlergarderoben und Werkstätten angemessen erweitert werden.

Neubau oder Nichtstun ist keine Alternative

Es gibt keine Alternativen zur Sanierung. Die veraltete Infrastruktur

birgt die Gefahr in sich, dass Ausfälle von technischen Anlagen den Betrieb beeinträchtigen. Punktuelle Reparaturen kämen insgesamt deutlich teurer zu stehen. Auch die Kosten für einen Neubau lägen mit geschätzten Fr. 130 bis 150 Mio. um ein Mehrfaches höher. Die geplante Instandsetzung ist die beste und günstigste Variante. Im Kantonsrat wurden Alternativen geprüft und diskutiert – darunter auch ein Neubau. Alle Alternativen und die Idee eines Neubaus wurden aber wieder verworfen, da sie alle teurer und mit grösseren Problemen behaftet wären. Zudem fehlt ein Ort für einen Neubau. Es wäre völlig unklar, wo überhaupt ein solcher möglich wäre.

Der Kantonsrat nahm den Kredit mit 83 Ja zu 19 Nein deutlich an. Alle Fraktionen sagten geschlossenen Ja, nur die SVP war gespalten. Das Projekt findet bei Kulturschaffenden, Parteien und in der Bevölkerung breite Akzeptanz. In der Zwischenzeit hat sich ein Komitee gebildet, das die Vorlage unterstützt. Die EVP ist diesem Komitee beigetreten. Im Vorstand der EVP sind wir von der Vorlage überzeugt. Weiter sind wir der Meinung, an dem qualitativ hochstehenden Programm sollen sich auch in Zukunft viele Menschen in unserem Kanton und in den umliegenden Regionen erfreuen können.

Deshalb empfehlen wir am 4. März Ja zu stimmen.



Daniel Bertoldo
Präsident
EVP Kt. St.Gallen

Abstimmung Stadt St.Gallen Olma Neuland

Um den Messeplatz St.Gallen weiterzuentwickeln und die Zukunft der beliebten Messeformate wie OLMA oder OFFA zu sichern, planen die Olma Messen anstelle der heutigen, veralteten Halle 1 eine neue, grössere Messe- und Eventhalle. Damit wird das Olma-Areal zugleich für grössere nationale und internationale Veranstaltungen tauglich gemacht. Dafür müssen die Olma Messen Neuland gewinnen mit einer teilweisen Überdeckung der Autobahn. Insgesamt wollen sie Fr. 163.4 Mio. investieren. Davon können sie vier Fünftel (Fr. 133.4 Mio.) aus Eigenmitteln oder über Bankdarlehen finanzieren. 18 Mio. Franken soll die Stadt St.Gallen beitragen, 12 Mio. Franken der Kanton St.Gallen. Das Stadtparlament hat der Vorlage mit 57:0 einstimmig zugestimmt.

Legen daher auch wir am 4. März ein Ja zur Olma-Vorlage ein.

Vorankündigung

Ordentliche Hauptversammlung
28. April 2018

Ort und Programm werden ab
März 2018 publiziert.

www.evp-sg.ch



Am 4. März 2018
JA zum Theater.
JA zum Standort Kanton St.Gallen.



Rückblick EVP-Forum in Wil

Zum Jahresbeginn lud die EVP Kanton St.Gallen zum EVP-Forum in den Sportpark Bergholz in Wil. Neben den Parolen für die kommende Abstimmung wurde vor allem über die künftige strategische Ausrichtung der Partei sowie den nächsten Wahlzyklus debattiert.

Der beliebteste Spruch nach einer Wahlniederlage lautet seit jeher: «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen». Für die EVP St.Gallen gilt das umso mehr, als dass nach der Enttäuschung im Jahr 2016 in der nächsten Wahlperiode wieder positive Resultate eingefahren werden sollen. Mit der Unterstützung von Lukas Zimmermann, Wahlkoordinator der EVP Schweiz, haben sich die Teilnehmer Gedanken gemacht, welche Ziele die EVP künftig anstreben soll und was jetzt in die Wege geleitet werden muss, damit 2020 wieder Wahlerfolge verkündet werden können.

Wichtigstes Ziel für eine Partei ist es, Mandate zu erzielen, um in Parlamenten und Gremien mitwirken zu können. Zumindest im Kantonsrat ist das derzeit nicht mehr der Fall und so ist klar, dass das oberste Ziel lautet, 2020 wieder in den Kantonsrat einzuziehen. Erste Überlegungen und Gespräche dazu sind im Gange. Auch wenn es noch zwei Jahre bis zu den

Kantonsratswahlen dauert: Der Weg dorthin ist weit, die Aufgaben gross. Wir freuen uns über alle, die mit dabei sind und mit anpacken, um dieses Ziel zu erreichen.

Doch auch in den Gemeinden ist die EVP derzeit nur schwach vertreten. Neben den Parlamenten von St.Gallen und Wil ist es das grosse Ziel, auch in weiteren Gemeinden Fuss zu fassen und in den Gemeinderäten – wie derzeit in Grabs mit Katharina Gächter-Eggenberger – vertreten zu sein.

Ziele zu formulieren ist einfach. Sie zu erreichen gestaltet sich aber oft schwieriger. Um die Ziele zu erreichen benötigen wir in erster Linie Frauen und Männer, Jüngere und Ältere, die sich für ein öffentliches Amt zur Verfügung stellen. Nicht für Macht und Prestige, sondern als Dienst an den Menschen in Stadt, Kanton und Land.

Bist du interessiert da dabei zu sein? Dann melde dich bei Roman Rutz, sekretariat@evp-sg.ch!

Wahlen Zürich und Bern

Am 4. März finden in der Stadt Zürich die Gemeinderatswahlen statt, im Kanton Bern wird am 25. März der Grosse Rat neu bestellt. Für die EVP könnte die Ausgangslage unterschiedlicher kaum sein!

Vier Jahre ist es nun her: Mit einigen wenigen Stimmen hatte die EVP Stadt Zürich die ominöse Wahlhürde von 5% in gerade mal einem Wahlkreis erreicht. Zu sagen ist, dass nur Sitze erhält, wer in mindestens einem Wahlkreis einen Wählendenanteil von mind. 5% erreicht. Nur wenige Tage später dann die Ernüchterung. Die Regierung liess die Stimmzettel nachzählen und diese brachte zu Tage, dass die EVP die 5%-Hürde um zwei Listen verpasste! Nun soll am 4. März der Wiedereinzug in das stadtzürcher Parlament erreicht werden. Um die Wahlhürde zu knacken hat sich die EVP in allen Wahlkreisen mit der BDP zusammengetan.

Auf der gemeinsamen Liste wird nun um den Wiedereinzug gekämpft.

Wesentlich besser dagegen die Ausgangslage im Kanton Bern. Mit 12 Bisherigen zieht die EVP in den Wahlkampf für den 25. März. Das gute Resultat von 2014 zu bestätigen ist eine grosse Herausforderung. Die EVP Kanton Bern und mit ihr die vielen EVP-Kandidierenden sind aber guten Mutes, sicher die 12 Sitze weiterhin zu halten.

Am 4. und 25. März zählt daher jede Stimme in Zürich und Bern. Weitersagen und Werbung bei Freunden und Bekannten zu machen ist daher ausdrücklich erwünscht!